

Amer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen- und die Anzeigen der Deutschen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen- und die Anzeigen der Deutschen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Telegramme: Lageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 274

Dienstag, den 26. November 1929

24. Jahrgang

Philipp Snowden.

Eine Verletzung allen Völkerrechts — Snowden für die Revision des Versailler Vertrags — Der Londoner Vertrag 1924 und 1929

Der britische Schatzkanzler Snowden gab am Mittwoch eine Erklärung über das viel erörterte Problem der Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums ab, die fraglos ein Meilenstein sind. Sie verdient es auch in der Tat nach der formellen und materiellen Seite hin. In formeller Hinsicht ist zu bemerken, daß sich Schatzkanzler Snowden auf den Versailler Friedensvertrag bezieht und auf das Londoner Abkommen vom 22. August 1924, nach welchem die Ueberfälle aus dem beschlagnahmten deutschen Eigentum auf unser Reparationskonto gutgeschrieben werden sollen. Dazu muß zunächst einiges bemerkt werden.

Der sehr ehrenwerte Schatzkanzler des britischen Reiches Philipp Snowden war bis vor kurzem noch ein Führer der englischen Oppositionspartei. Er war nicht ein Arbeiterführer, wie es deren so viele in England gibt, sondern eine markante Persönlichkeit, ein Wunder der Energie und Tatkraft, der durch seinen eisernen Willen sich emporarbeitete. Sein Wille ließ ihn die Mängel seiner Schulbildung überwinden und zu einem hervorragenden Schriftsteller werden, sein Wille machte aus ihm eine energiegelbe Persönlichkeit von durchschlagender propagandistischer Wirkung, sein Wille verschaffte ihm ein ungeheures Wissen auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Finanzen, so daß die City Londons aufhorchte, wenn er im Unterhaus über finanzielle und wirtschaftliche Fragen sprach. Man muß ihn studieren, um hinter die Geheimnisse der Persönlichkeit Snowdens zu kommen.

Als Führer der unabhängigen englischen Arbeiterpartei war Philipp Snowden im August 1917 auf die Internationale Sozialistische Konferenz in Stockholm gegangen, um gegen die Unfähigkeit aller Regierungen zu protestieren und einen Frieden ohne Sieger und ohne Besiegte zu verlangen. Snowden war auch einer der ersten, der in der englischen Öffentlichkeit die Revision des Versailler Vertrags verlangte. Es war am 18. Februar 1923, als er im Unterhaus ausführte: „Ich weiß nicht, was Deutschland getan hätte, wenn es siegreich geblieben wäre, aber es hätte seinen Opfern keinen Frieden auferlegen können, der brutaler gewesen wäre, weniger zu verteidigen, ehrloser, reicher an Gift und Haß, als es die Alliierten getan haben.“ Auf diesen Friedensvertrag von Versailles hat sich jetzt der gleiche Philipp Snowden als englischer Schatzkanzler am 21. November 1929 berufen, um die Freigabe des von England während des Weltkrieges beschlagnahmten deutschen Privateigentums zu verweigern.

Nach toller ist keine Berufung auf das Londoner Abkommen vom 22. August 1924. Philipp Snowden will die 200 Millionen Mark, um die jetzt gekämpft wird, auf unser Reparationskonto gutschreiben. Um was geht es dabei? Um nichts anderes als um jene nebelhafte Summe von 132 Millionen Mark, deren Zahlung Deutschland im Londoner Ultimatum übernahm, die aber schon der Damesplan für illusorisch erklärte und der Youngplan endgültig erledigte. Formaljuristisch stehen diese 132 Milliarden noch auf dem Tapet, bis der Youngplan angenommen und ratifiziert ist, bemerkt dazu die „Postische Ztg.“, aber daß derjenige Staatsmann, der im Haag die jetzige Gestalt des Sachverständigenplanes wohl am entscheidendsten mit bestimmt hat, heute so tut, als gäbe es diesen Plan gornicht und, weil es ihm gerade so paßt, von längst überwundenen Dingen als von Realitäten spricht, das ist trübe.

Dr. Snowden war nie ein Kommunist. Er hat Verständnis für Privateigentum und die Rechte nationaler und internationaler Art, auch für die Pflichten, die sich aus der Eigentumsinstitution ergeben. Das ergibt sich unumwunden aus seinem vor wenigen Tagen veröffentlichten klassischen Brief aus dem Jahre 1926, in dem er wörtlich schrieb: „Ich habe zur Zeit des Friedensvertrages und seitdem viele Male öffentlich gegen diese skandalöse Verletzung aller Völkerrechts und aller Gerechtigkeit protestiert. Dieses Vorgehen ist, wie Sie mit Recht sagen, ohne Vorbild in der Geschichte.“ Der Arbeiterabgeordnete Philipp Snowden sprach damals auch seine Hoffnung aus, daß die einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles vollkommen ausgegeben werden. Der Schatzkanzler Philipp Snowden denkt nicht daran, die Hoffnungen des Arbeiterabgeordneten Snowden zu erfüllen. Da tauchte uns noch einer und sagte, daß Politik den Charakter verdirbt.

Wir verstehen nicht, daß der „eiserne Kanzler“ Englands sich in einer sehr schwierigen Lage befindet, als er im englischen Unterhaus die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Privateigentums verweigerte und vor sich 118 Abgeordnete aus allen Parteien sah, die begeistert darauf waren, aus dem Munde Philipp Snowdens, der sich bis zum letzten Jahre für die Freigabe dieses Eigentums einsetzte, jetzt seine Gründe gegen die Freigabe zu vernehmen. Seine Begründung war oberflächlich, sie war geradezu lächerlich, da das ganze Unterhaus wußte, daß Snowden Vorgänger, Schatzkanzler Churchill, von den 200 Millionen Mark bereits 200 Millionen verpulvert hatte, so daß Snowden in seinem neuen Haushaltsgesetz diese 200 Millionen Mark, 10 Millionen Pfund Sterling, als Schatzkanzler hätte anfordern müssen, wenn er die Forderungen des Abgeordneten Snowden hätte erfüllen wollen.

Die ganze Schwäche der Argumentation Snowdens ergibt sich am deutlichsten daraus, daß er nicht einmal bei der Wahrheit blieb, als er die Frage aufwarf: England war nicht weniger großzügig als seine früheren Alliierten? Die Gesellschaft der in England enteigneten Deutschen veröffentlichte unmittelbar nach der Erklärung Snowdens eine Gegenerklärung, in der es heißt: Snowdens Erklärung ist ebenso unbefriedigend wie die Forderung des vorangegangenen Regierungen zu dieser

Die Hilfsmaßnahmen für die deutsch-russischen Auswanderer

Der Reichskommissar für die Deutsch-Russen-Hilfe, Reichstagsabgeordneter Stücken, weisete am Freitag und Samstag in Schneidemühl, um das dortige Flüchtlingslager zu besichtigen und mit den maßgebenden Stellen über die Unterbringung der deutsch-russischen Auswanderer zu verhandeln. Abgeordneter Stücken gewährte dem Vertreter des RWA, eine Unterredung, in der er sich über die Hilfsaktion für die Deutsch-Russen äußerte. Er erklärte zunächst, daß gegenwärtig etwa 13 000 deutsch-russische Emigranten bei Moskau lagern. Ein weiterer Zugang von Auswanderern nach dem Moskauer Konzentrationslager ist jetzt von den Russen gesperrt. Es wird von den Sowjetbehörden niemand mehr herausgelassen. Die Auswanderer, die sich jetzt noch auf dem Wege nach Moskau befinden, werden aus den Zügen herausgeholt und in die Drifkaffen, die sie verlassen haben, zurückgebracht. Ein weiteres Answollen der Zahl der vor Moskau lagernden deutsch-russischen Auswanderer ist daher nicht mehr zu erwarten, doch geht in den Kreisen der deutschstämmigen Wolgabauern die Tendenz dahin, so bald wie möglich Sowjetrußland zu verlassen. Das Deutsche Reich ist bereit, die 13 000 bei Moskau lagernden Auswanderer zu übernehmen und sie nach Kanada, Brasilien und gegebenenfalls nach Argentinien weiterzuleiten.

Da die Auswanderer völlig mittellos sind,

müssen die Kosten für die Ueberfahrt nach Uebersee aus öffentlichen Mitteln beschafft werden. In den letzten Tagen ist in der Abfederung der deutsch-russischen Bauern insofern eine Verbesserung eingetreten, als die Sowjetbehörden beabsichtigen, die bei Moskau lagernden deutschstämmigen Anstieher nicht ausreisen zu lassen und sie in ihre bisherigen Heimorte zurückzuführen. Gegenwärtig sind nun zwischen der Reichsregierung und der Sowjetregierung Verhandlungen im Gange, die dahin führen dürften, daß dem bei Moskau lagernden 13 000 Deutsch-Russen die Ausreise aus Sowjetrußland gestattet wird. Der Plan des Reichskommissars für

das Deutsch-Russen-Hilfswert

geht dahin, diejenigen, die ohne Deutschland zu verbleiben, von russischen Häfen aus die Ueberseereise anzutreten, sofern es möglich ist, sofort nach Kanada zu befördern; soweit dies nicht möglich ist, werden die deutsch-russischen Emigranten auf dem Landwege von Moskau zunächst an die lettische Grenze befördert, wo sie vom Lettischen Roten Kreuz übernommen und über Riga bis zur litauischen Grenze weitergeleitet werden. Von dort werden sie an die deutsche Grenze nach Ebstuhnen geschafft, wo sich das Deutsche Rote Kreuz ihrer annimmt. Von Ebstuhnen erfolgt alsbald die Abfederung nach dem Lager in Hammerstein, das 3000 bis 3500 Personen aufnehmen kann.

Die übrigen Auswanderer, die auf dem Seewege nach Deutschland kommen, werden in Osternothafen bei Swinemünde ausgeschifft und ärztlich untersucht und von dort aus in die Lager, entweder nach Hammerstein oder nach Mülten in Pommern, wo ebenfalls 1000 bis 2000 Personen untergebracht werden können, geleitet. Dem Reichskommissar stehen weitere Lager zur Verfügung (Nordholz bei Bremen), so daß im äußersten Notfalle etwa 8000 Flüchtlinge in Deutschland untergebracht werden können.

Das Ziel des Reichskommissars

geht dahin, die Auswanderer sobald wie möglich nach Uebersee abzufördern, doch ist er der Ansicht, daß ein Teil der Aus-

wanderer in Deutschland bleiben wird. Ein anderer Ausweg als der der Anlieferung ist, wie Abgeordneter Stücken erklärte, in diesem Falle nicht denkbar. Ueber die Frage der Anlieferung äußerte sich der Reichskommissar jedoch sehr zurückhaltend. Es wird erwartet, daß die Reichsregierung und alle Parteien im Reichstag (mit Ausnahme der Kommunisten) das Hilfswort für die Deutsch-Russen unterstützen, schon mit Rücksicht darauf, daß es sich um Abkömmlinge von Deutschen handelt, die man auch aus rein menschlichen Gründen nicht dem Elend preisgeben kann. Von den 13 000 Auswanderern sind die meisten Mennoniten, 800 Katholiken, die übrigen teils evangelisch, teils Baptisten. Für die seelsorgerische Betreuung der Auswanderer will der Reichskommissar ebenfalls Sorge tragen. Man will zunächst versuchen, die Auswanderer in Hammerstein, Mülten und Nordholz unterzubringen; nur im Notfalle soll auch das Flüchtlingslager in Schneidemühl für die Unterbringung der Flüchtlinge herangezogen werden. Es wird alsdann der Teil des Lagers, der nicht dem Roten Kreuz unterstellt ist, belegt werden. Die Verhältnisse im Schneidemülder Lager sind deshalb besonders schwierig, weil die großen Hallen, die in Privatbesitz sind, erst für die Unterbringung hergerichtet werden müßten. Die Verwaltung des Lagers in Hammerstein ist dem Major a. D. Fuchs übertragen worden, der auch die großen Flüchtlingslager in Preußisch-Polland, Heilsberg und Ebstuhnen, verwaltet hat. Major a. D. Fuchs hatte in Schneidemühl mit dem Reichskommissar Stücken eine Unterredung und hat sich darauf sofort nach Hammerstein begeben, um die erforderlichen Maßnahmen an Ort und Stelle zu treffen.

Der Lebensmittelbedarf

für zwei Wochen ist bereits im Antritte. Der weitere Bedarf an Lebensmitteln wird aus der Gegend von Hammerstein gedeckt. Man rechnet damit, daß die ersten Auswanderer Ende November im Hammersteiner Lager eintreffen werden.

Nachdem am 25. November in Moskau die Entscheidung über die Ausreise der bei Moskau lagernden 13 000 Deutsch-Russen gefällt sein wird, soll in Abständen von fünf Tagen je ein Schuß von 500 Köpfen nach Hammerstein abgefördert werden. Ein Pendelzug der Reichsbahn, der zwischen Riga und Hammerstein verkehren wird, ist für die Auswanderer bereitgestellt. Die Wagen für den Transport befinden sich bereits in Riga. Es wird ferner damit gerechnet, daß auch von den gegenwärtig in Kiel weilenden 600 deutsch-russischen Bauern eine Anzahl nach Hammerstein kommt. Das Lager in Hammerstein ist am Dienstag dieser Woche aufnahmefähig. Ein Vertreter der Deutschen Land- und Baugesellschaft weist bereits in Hammerstein, um die erforderlichen baulichen Veränderungen im Lager in die Wege zu leiten und zu überwachen. Die Arbeiten sind bereits aufgenommen. Für die sanitären Erfordernisse ist ebenfalls ausreichend gesorgt, so daß der Ausbreitung von anstehenden Krankheiten vorgebeugt ist.

Um die nötigen Geldmittel schnell heranzubekommen, weist auch ein höherer Beamter des Reichsfinanzministeriums in Hammerstein, der unterzüglich die erforderlichen Maßnahmen trifft, für die Hilfsaktion stehen sechs Millionen Reichsmark zur Verfügung. Dem Reichstag wird am Montag eine entsprechende Vorlage der Reichsregierung zugehen, die sechs Millionen für die Deutsch-Russen-Hilfe fordert. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob angesichts der außerordentlichen Notlage, in der sich die deutsch-russischen Auswanderer befinden, dieser Betrag ausreichen würde. Das Büro des Reichskommissars wird am Montag seine Arbeiten aufnehmen.

Clémenceau †

Clémenceau ist gestern nacht um 1.45 Uhr im 89. Lebensjahre gestorben.

Am Sterbelager Clémenceaus waren die Mitglieder seiner Familie verammelt, die dem Ministerpräsidenten Trauerbriefe und die Trauerbotschaft übermitteln. Dieser fuhr sofort nach dem Sterbehause. Beim Verlassen des Hauses erklärte Traubeu, es werde gemäß dem letzten Willen des Verstorbenen keine offizielle Trauerfeier stattfinden und keine nationale Beisetzung erfolgen.

Georges Clémenceau wurde 1841 in der Vendée geboren. Seine politische Laufbahn begann er, nachdem er in Paris Medizin studiert hatte und in den letzten Jahren des Kaiserreichs aus politischen Gründen nach Amerika hatte flüchten müssen, als Bürgermeister des Pariser Stadtteiles Montmartre. In der Nationalversammlung von Bourdeaux stimmte er gegen den Frankfurter Frieden und die Abtretung Elsaß-Lothringens an Deutschland. Die Pertrümmerung dieses Friedens war das große Ziel seines Lebens. In den sechziger und achtziger Jahren war er der Führer der radikalen Partei und erwarb sich als Ministerpräsident den Beinamen „der Tiger“. Durch den Panama-Skandal kompromittiert, kämpfte er während der Krawall-Affäre für die Wiederaufnahme des Prozesses und wurde 1903

Die Kämpfe an der mandchurischen Grenze — Fortsetzung des russischen Vormarsches

Nach einer Meldung aus Harbin haben die Sowjettruppen Pailar besetzt. Die chinesischen Truppen befinden sich auf dem Rückzuge; sie haben 12 000 Mann verloren. Nach weiteren Berichten haben die Sowjettruppen die Stadt Mulin, die 70 Meilen westlich von Programtschowa liegt, eingeschlossen. Als Rückwirkung der Vorgänge an der mandchurischen Grenze wird aus Peking berichtet, daß führende Persönlichkeiten gegenwärtig Verhandlungen führen, um den Bürgerkrieg in China zu beenden und alle Kräfte zusammenzufassen, um dem Angriff der Sowjetunion Widerstand entgegenzusetzen.